

Die individuellen Perspektivpläne verwirklichen

Gewerkschaft unterstützt staatliche Leitungen bei der Diskussion um Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses

Vor allen Gewerkschaftsleitungen an unserer Universität steht jetzt die Aufgabe, die staatlichen Leitungen zu unterstützen bei der Diskussion um die Thesen des Staatssekretariats zur Entwicklung eines zahlreichen sozialistischen wissenschaftlichen Nachwuchses. Es ist eine umfassende Aussprache mit allen Assistenten und den Angehörigen des Lehrkörpers an den Fakultäten und Instituten zu führen.

Dazu ist erforderlich, daß sich jede Gewerkschaftsleitung einen genauen Plan erarbeitet, der nicht nur organisatorische Maßnahmen, sondern vor allem auch die Zielstellung der Diskussion enthalten sollte. Folgende Probleme müßten im Mittelpunkt der Diskussion stehen:

Die Rolle des wissenschaftlichen Nachwuchses als aktiver und bedeutender Helfer des Lehrkörpers bei der Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplanes; die Notwendigkeit der raschen Verbesserung der fachlichen und politischen Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses; die Überwindung von Erscheinungen der bürgerlichen Begabtheorie, des Selbstlaufes und des Sektierertums in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die gewerkschaftlichen Leitungen müssen bei der Diskussion von einer genauen Analyse der Lage in ihren Bereichen ausgehen. Es ist einzuschätzen, wie sie es bisher verstanden haben, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und seine Interessen zu vertreten. Welche Aufgaben wurden hierbei gut gelöst, welche Arbeitsmethoden und Maßnahmen können deshalb empfohlen werden, und welche Aufgaben wurden andererseits vernachlässigt? Darüber muß zunächst in den Leitungen Klarheit bestehen. Der Stand der wissenschaftlichen Qualifizierung wird allgemein als ungenügend eingeschätzt werden müssen. Es muß geklärt werden, welche Hemmnisse es verhindern, daß die Assistenten und Aspiranten neben ihren Lehr- und Erziehungsaufgaben vorrangig mit Forschungsaufgaben beschäftigt werden, die mit Dissertationsthemen konform laufen.

In verschiedenen Bereichen unserer Universität ist die Tätigkeit des wissenschaftlichen Nachwuchses schlecht organisiert. Zum Teil wird noch viel Kraft für die Verwaltungstätigkeit verwendet, und es gehen Reserven verloren, die der Erhöhung der wissenschaftlichen Produktivität dienen könnten. Die Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern (siehe Gesetzblatt Nr. 13/1960) in den größeren Instituten ist in dieser Beziehung ein diskutabler Vorschlag. Erhoffen wir uns davon aber keine Patentlösung, übersehen wir dabei nicht die Hauptaufgabe: die rasche und planmäßige Entwicklung eines zahlreichen sozialistischen Nachwuchses. Es geht nicht an, daß viele Assistenten aus ihrem Ausbildungsverhältnis ausscheiden wollen, weil sie in einer Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter eine ihnen zuzugende Lebensstellung sehen.

Wir werden nur dann in der Aussprache Erfolge erzielen, wenn alle Assistenten und Aspiranten Klarheit erlangen über die Einheit von Politik und Wissenschaft. Jeder Assistent muß verstehen, daß die wissenschaftliche Ausbildung unmittelbar gesellschaftliche Bedeutung hat.

Ein wichtiger Faktor, der zur Zeit noch die rasche und planmäßige Entwicklung hemmt, ist die Unklarheit über die Gesamtperspektive des wissenschaftlichen Nachwuchses. Ungeklärt ist noch ein Teil der Assistenten ihre Tätigkeit nach Beendigung der Ausbildungsverhältnisse. Die individuellen Perspektivpläne sind mitunter noch unreal, zum Teil sind für die Assistenten, die das zweite Ausbildungsjahr durchlaufen, überhaupt noch keine Perspektivpläne ausgearbeitet worden. Es ist anzustreben, daß die Aufstellung bzw. die Überprüfung und Überarbeitung der individuellen Perspektivpläne in den nächsten Wochen mit gelöst und damit erreicht wird, daß jeder Angehörige des wissenschaftlichen Nachwuchses spätestens zu Beginn des dritten Ausbildungsjahres weiß, welcher spätere Einsatz für ihn vorgesehen ist. Nur so können wir eine

Veröffentlichung unter der Lizenz-Nummer 288 B des Präsidiums beim Ministerpräsidenten der DDR. - Erscheint wöchentlich. Anschrift der Redaktion: Leipzig C 1, Ritterstraße 16. Telefon 17 11. Sekretariat App. 95. Bankkonto 203 203 bei der Stadt- und Kreisbank Leipzig. - Druck: Leipziger Volkzeitung, Leipzig C 1, Peterstraße 13. - Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.



zielstrebige Arbeit jedes einzelnen gewährleisten.

Bei einer Analyse der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollten auch die soziale Struktur an den Fakultäten und Instituten beachtet und daraus Schlußfolgerungen gezogen und Vorschläge unterbreitet werden, die spezielle Förderungsmaßnahmen, insbesondere für die Arbeiter- und Bauernkinder, zum Inhalt haben.

Den gewerkschaftlichen Leitungen obliegt schließlich auch die Aufgabe, zur Verbesserung der kulturellen Arbeit unter den Assistenten und Aspiranten beizutragen, sie für die Anliegen der Klubs der Assistenten zu interessieren.

Nicht zuletzt möchten wir nochmals darauf hinweisen, die Aussprachen in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Leitungen vorzubereiten und durchzuführen und aus den reichen Erfahrungen der Hochschullehrer bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu schöpfen.

Durch die Diskussion sollen die Thesen ergänzt werden und die Vorschläge und Hinweise in die gewerkschaftlichen Programme zur Arbeit mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs einfließen. Es ist zu empfehlen, dabei von den volkswirtschaftlichen Schwerpunkten und der jeweiligen besonderen Situation der betreffenden Fakultät bzw. des Instituts auszugehen.

Dr. Renate Kleinke

Glückwünsche zum Jubiläum von Rektor Prof. Dr. Georg Mayer

(Fortsetzung von Seite 1)

sität zu einer wahren Universität des Volkes, zu einer sozialistischen Universität.

Besondere Verdienste erwarben Sie sich bei der Durchführung der demokratischen Hochschulreform, insbesondere bei der Durchführung des Zehnjahrestudiums. Sie haben mit Ihrer Tatkraft und Initiative, durch Ihren Drang nach dem Neuen, durch Ihre anfeuernde Begeisterung, gestützt auf das Kollektiv der Angehörigen der Karl-Marx-Universität, in Ihrem zehnjährigen Rektorat wesentlich mit dazu beigetragen, die Aufgaben, die die sozialistische Umgestaltung der Karl-Marx-Universität stellte, zu erfüllen.

Unter Ihrer Leitung hat die Karl-Marx-Universität, der Lehrkörper und die Studenten, in enger Verbindung mit der sozialistischen Praxis, einen entscheidenden Schritt vollzogen, der die Voraussetzungen schuf, das wissenschaftliche Niveau in Lehre und Forschung weiter zu erhöhen. Dabei leisteten die Professoren, Dozenten und Assistenten unter Ihrer Leitung durch ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit eine bedeutende Hilfe bei der Lösung der politischen und ökonomischen Aufgaben im Siebenjahrplan.

Ferner muß dabei auch Ihre Tätigkeit im Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat hervorgehoben werden. Für Ihre erfolgreiche Arbeit an der Spitze der Universität, die den verpflichtenden Namen Karl Marx trägt, wurden Sie

Unmittelbare Hilfe für die Praxis!

Prorektor für Forschungsangelegenheiten und UGL veranstalteten Aussprache über Fragen der Vertragsforschung

Zu einer Aussprache über Probleme der Vertragsforschung an der Karl-Marx-Universität hatten der Prorektor für Forschungsangelegenheiten, Prof. Dr. Arland, und die Universitätsgewerkschaftsleitung am 22. März eingeladen. Zum ersten Male hatten die zuständigen staatlichen und gewerkschaftlichen Stellen im Rahmen der ganzen Universität eine Beratung über die Probleme eines wichtigen Teilgebietes der wissenschaftlichen Arbeit gemeinsam vorbereitet. Durch dieses gemeinsame Bemühen war die Aussprache ein erfolgreiches Beginnen, um die sich in der wissenschaftlichen Arbeit stärker entwickelnden neuen Methoden besser zu unterstützen. Die Universitätsgewerkschaftsleitung bewies durch ihre gute Zusammenarbeit mit dem Prorektor für Forschungsangelegenheiten zugleich erneut, daß sie in der letzten Zeit ein gut Stück Weges zur Verwirklichung der Beschlüsse des 5. FDGB-Kongresses vorangekommen ist.

Prof. Dr. Arland wies zu Beginn der Aussprache nach, wie gerade der Siebenjahrplan und in weiterer Sicht der von dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, angeregte Perspektivplan für die Jahre bis 1975 eine noch engere Verbindung aller Institute und Kliniken mit der sozialistischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft bedingen. Ein Weg, den sozialistischen Aufbau unmittelbar zu unterstützen und zugleich Anregungen aus der Praxis zu erhalten, ist darin zu sehen die Vertragsforschung stärker zu entwickeln. Zur Zeit werden ungefähr zehn Prozent des Forschungsvolumens der Karl-Marx-Universität durch die Vertragsforschung gebunden.

In der von allen Teilnehmern als sehr nützlich begrüßten Aussprache konnte eine ganze Reihe von Fragen geklärt werden. Aber zugleich bewies sie, daß es angebracht wäre, in einiger Zeit erneut zu einem Erfahrungsaustausch, denn zu einem solchen gestaltete sich die Aussprache, einzuladen. Allerdings müßte eine weitere Beratung auch die Vertreter sozialistischer Betriebe, der VVB im Bezirk Leipzig und des Rates des Bezirkes Leipzig einschließen. Diesmal war es nicht der Fall - und darin lag zugleich der Mangel der Zusammenkunft.

Hätte die Universitäts-Gewerkschaftsleitung in einer von Dr. Uhlrig vom Institut für Anorganische Chemie gegebenen Diskussionsgrundlage auf die Bedeutung der Gemeinschaftsarbeit für die Vertragsforschung hingewiesen und richtige Hinweise dazu gegeben, so zeigte die Diskussion, daß die Gemeinschaftsarbeit in vielfältigen Formen die wichtigste Methode der Vertragsforschung ist und sich daraus sehr viele Schlußfolgerungen für die gesamte Arbeit ergeben. Die Gemeinschaftsarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern in der Vertragsforschung drängt sich nahezu auf.

Besonders Prof. Dr. Hesse von der Landwirtschaftlichen Fakultät wies darauf hin, daß die Zusammenarbeit mit der sozialistischen Praxis unerlässlich und für beide Seiten von großem Nutzen ist. Die Gemeinschaftsarbeit dürfte aber nicht nur als Zusammenwirken zwischen Wissenschaft und sozialistischer Praxis verstanden werden, sondern sie solle auch über einzelne wissenschaftliche Institute hinausgreifen sie erfordere, die Forschungsvorhaben zu koordinieren. Das erste Gebiet des Fach-

wissenschaftlers reiche für die Bewältigung von Forschungsaufträgen mit komplexem Charakter nicht mehr aus.

Dr. Engmann von der Landwirtschaftlichen Fakultät betonte, daß es nicht genügt, die Zusammenarbeit mit der Praxis nur auf die unmittelbare Forschung zu beschränken, sondern darauf einzuwirken sei, daß die Ergebnisse der Arbeit so schnell wie möglich in die sozialistische Praxis überführt werden können. Er empfahl, dazu in den wissenschaftlich-technischen Räten der volkseigenen Betriebe mitzuarbeiten.

Zahlreiche interessante Erfahrungen konnte der Vertreter des Physikalischen Instituts, Assistent Frieser, übermitteln. Das Institut hat zur Zeit sieben Forschungsaufträge u. a. mit VEB Schott Jena, KIB Leipzig und Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck“ Schwarzburg. Bemerkenswert ist, daß diese Forschungsaufträge von Assistenten und Studenten gemeinsam bearbeitet werden. Die bisherigen Erfahrungen des Instituts verallgemeinernd, schlug er vor, in stärkerem Maße Diplomarbeiten und Dissertationen in die Vertragsforschung einzubeziehen und warf den Gedanken kollektiver Diplomarbeiten auf. Dadurch würde zugleich der Gefahr der Studienverlängerung, heute noch oft Begleiterscheinung beim Mitwirken von Studenten in der Vertragsforschung, entzogen. Prof. Dr. Arland begrüßte diesen Vorschlag.

Ein ganz anderes wichtiges Problem wurde von Prof. Dr. Hesse auf-

geworfen, das Verhältnis von Grundlagen- und Vertragsforschung. Ueber einstimmend wurde festgestellt, daß die Vertragsforschung sich nicht in der Zweckforschung erschöpft, sondern auch die Grundlagenforschung mit einbezieht. Natürlich erfordert das eine langfristige Planung und gute Koordinierung. Auch Dr. Röhlitz unterstrich die Notwendigkeit der Forschungsplanung auf lange Sicht.

Genosse Handel, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung, zeigte die große Bedeutung der Vertragsforschung sowohl für die sozialistische Praxis, wie auch für die Entwicklung der Universität. Dabei sei die Vertragsforschung nicht nur eine Aufgabe der Naturwissenschaftler, sondern auch der Gesellschaftswissenschaftler. Er bewies das anschaulich an Hand der großen Möglichkeiten der Wirtschaftswissenschaftler bei der sozialistischen Rekonstruktion der volkseigenen Betriebe und ganzer Wirtschaftszweige. Er empfahl, stärker die Verbindungen, die unsere Universität zur sozialistischen Praxis hat, für die Vertragsforschung zu nutzen. Ein wichtiges Hemmnis innerhalb der Universität sei, daß die staatlichen Pläne die Vertragsforschung überhaupt nicht berücksichtigen.

Allgemeine Zustimmung fand ein Vorschlag von Prof. Dr. Hensel, Prodekan der Veterinärmedizinischen Fakultät, allen Fakultätsräten zu empfehlen, sich in einem gesonderten Tagesordnungspunkt mit der Vertragsforschung zu beschäftigen und dazu Vertreter des Prorektors für Forschung einzuladen.

In seinem Schlußwort konnte Prorektor Prof. Dr. Arland die Beratung als einen erfolgreichen Auftakt und bahnbrechenden Schritt zur Verbreiterung der Vertragsforschung einschätzen. Jetzt kommt es darauf an, sie in den Gesellschaftswissenschaften zu entwickeln und in den Naturwissenschaften zu verbreitern.

Die Wahrheit läßt sich nicht richten

Freispruch für Klaus Walter!

Man stelle sich vor: Aßenauer und Oberländer lassen in Westberlin - also in einer Stadt, die staatsrechtlich außerhalb ihres Bereiches liegt - einen Westberliner Bürger vor Gericht stellen und fordern, dessen mutige Tat gegen den Antisemitismus nach den in der Bundesrepublik gültigen Gesetzen zu bestrafen. Und sie „begründen“ diesen offensichtlichen Rechtsbruch gar mit der lächerlichen Behauptung, Klaus Walter habe mit dieser Karikatur, die er außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik angebracht hat, den „Bestand der Bundesrepublik gefährdet“. Kann man das Staats- und Völkerrecht noch mehr auf den Kopf stellen? Vielleicht kommen die Bonner sogar noch

auf den Gedanken, den Karikaturisten der britisches Zeitung „Daily Express“ mit der gleichen Begründung in London vor Gericht zu stellen, denn er lieterie ja die Idee jener Karikatur, die Klaus Walter am 11. Januar in Neukölln an einem Bauzaun angebracht hatte.

Am zweiten Verhandlungstag hatte der Westberliner Staatsanwalt noch arrogant zu den von Dr. Kaul gestellten Beweisunterlagen über die Verbrechen Oberländers und die faschistische Durchsetzung des Banner Regimes erklärt: „Diese Tatsachen sind für die Beweisführung unerheblich.“ Es sei „unerheblich“, daß Oberländer in Lwow Tausende jüdischer Menschen ermordet hat; es sei „unerheblich“, daß Oberländer schon 1923 Nazi war und auch heute noch nicht seiner nazistischen Gesinnung abgeschworen hat; es sei „unerheblich“, daß Oberländer damals wie heute zur Eroberung des Ostens aufruf.

Auf die Verhaltung Klaus Walters, daß so schwer belastete Nazis wie Oberländer und Globke die wahren Hintermänner der allein von Bonn registrierten 685 anti-semitischen Verfälle seien, reagierte der Staatsanwalt frech: Das seien doch „Abernhelten“, die „gar nicht ernst zu nehmen“ seien. Und doch fürchteten die hohen Herren Richter, die getreue Paladine Bonns sind, sich offenbar, die blutigen Verbrechen des Bonner Ministers Oberländer vor Gericht behandeln zu müssen; so nahm der dritte Verhandlungstag am vergangenen Freitag einen sensationellen Verlauf. Landgerichtsdirektor Ohnsoore kündigte die Möglichkeit einer Einschränkung der Anklage gegen Klaus Walter auf „einfache Beleidigung“ an. Damit würden die bisherigen Hauptkomplexe „Staatsgefährdung der Bundesrepublik“ und „Beleidigung von im öffentlichen Leben stehenden Personen“ Bonns wegfallen, was außerdem die nachträgliche Anerkennung des Nachweises Dr. Kauls bedeuten würde, daß Westberlin kein Bestandteil des Bonner Staates ist. Das Gericht ist in der Klemme und hat den Prozeß vorerst auf den 4. April verschoben. Auch diese Verschiebung wird dem Mörder Oberländer nicht helfen.

Nach dem Wunsche der Initiatoren sollte in diesem Prozeß die Wahrheit gerichtlich verfolgt werden. Es ist aber anders gekommen. Der wahre Angeklagte in Moabit ist nicht unser Kommilitone Klaus Walter, sondern Oberländer und der faschistisch durchsetzte Bonner Staat. Die Wahrheit läßt sich nicht richten. Es gibt nur eines: Freispruch für Klaus Walter! Gerichtliche Verfolgung des Mörders von Lwow. W.r.

Namen „Karl-Marx-Universität“ erhielt, erwarb Du Dir das Vertrauen und die Achtung aller Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten unserer Universität.

Dein Wirken als Rektor und Abgeordneter der höchsten Volksvertretung unserer Republik hat darüber hinaus das Ansehen unserer Republik und unserer Universität in Westdeutschland, im befreundeten Ausland und vielen anderen Ländern gefestigt und erweitert.

In Deiner verantwortungsvollen und vielseitigen Arbeit liebst Du Dich stets von der Politik unserer Partei leiten und hast zu ihrer Verwirklichung an unserer Universität beigetragen.

Wir danken Dir heute für Deine Arbeit in den vergangenen zehn Jahren, die während der 550-Jahr-Feier einen Höhepunkt und hohe Anerkennung fand. Wir wünschen Dir weiterhin Gesundheit und Schaffenskraft zum Wohle unserer Karl-Marx-Universität und zum Ruhme unserer Republik. Gleichzeitig möchte ich Dir meine herzlichsten persönlichen Glückwünsche übermitteln. Mögen Dir noch viele Jahre erfolgreichen Schaffens für unsere sozialistische Sache vergönnt sein.

Unsere besten Grüße gelten auch Deiner verehrten Gattin, die in all den Jahren fest an Deiner Seite stand und stets regen Anteil an der Entwicklung unserer Universität nimmt.

Mit sozialistischem Gruß!
Hans-Joachim Böhme
1. Sekretär

von unserem Staat mit hohen Auszeichnungen geehrt.

Im Namen des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen und aller Angehörigen des Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik wünsche ich Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit bei der Leitung der Karl-Marx-Universität und der sozialistischen Bildung und Erziehung des akademischen Nachwuchses weitere große Erfolge sowie beste Gesundheit und Schaffenskraft.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Herder
Stellvertreter des Staatssekretärs

Die Parteileitung der Karl-Marx-Universität

Lieber Genosse Rektor!
Im Namen der Parteileitung der SED der Karl-Marx-Universität beglückwünsche ich Dich herzlich aus Anlaß des Tages, an dem Du zehn Jahre Rektor der Karl-Marx-Universität bist.

Du kannst heute auf zehn Jahre aktiven Wirkens für die sozialistische Entwicklung des Hochschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik zurückblicken. Dein Schaffen und Dein Kampf trugen - und das erfüllt uns mit Stolz und Freude - zu dem erfolgreichen Aufbau unseres neuen Hochschulwesens bei. In Deiner Tätigkeit als Rektor unserer Universität, die für ihr Beispiel bei der Verwirklichung der Hochschulreform den ehrenvollen